

# DIE LINKE-IMPULSE

Zeitung des Kreisverbandes Märkisch-Oderland



## 8. März und Frauenrechte

Und wieder ein 8. März, ein Tag, an dem sehr viel von „unseren Frauen“ die Rede ist, den Frauen, die sich um die Kinder und den Haushalt kümmern, von denen, die gesellschaftlich notwendige Arbeit im „Ehrenamt“ ohne Bezahlung leisten, von den Frauen, die tagtäglich im Niedriglohnbereich hart für wenig Geld arbeiten und von den Frauen, die das alles in sich vereinen. Ein Tag, an dem das alles zur Kenntnis genommen wird, wo an verdiente Frauen

von wichtigen Männern in unserem Lande Orden und Ehrenzeichen verliehen werden. Und am 9. März wird dann wieder zur vorgestrigen Tagesordnung übergegangen. Die Leistung von Frauen wird kaum mehr zur Kenntnis genommen. Sie ist selbstverständlich.

Schon früher, ich denke mit einem Lächeln und einem Schauern an die Frauentagsfeiern in den sozialistischen Betrieben, haben wir den Frauentag begangen. Die Chefs banden sich Schürzen vor und servierten Kaffee und Kuchen, verschenkten Blumen und Auszeichnungen. In größeren Betrieben gab es eine richtige Feier mit Livemusik und einem Menü. Es konnte getanzt werden, aber dazu fehlten die Männer, es war ja Frauentag. Ein Ehrentag, wie es für viele Berufsgruppen einen gab. Den Tag der Bauarbeiter oder den des Eisenbahners feiern wir heute nicht mehr. Geblieben ist aber der Internationale Frauentag. Und das ist wichtig.

Denn die Frauen sind in unserer Gesellschaft nicht verzichtbar. Sie bringen sich ein in diese noch immer männerdominierte Welt und haben noch immer mit den vielfältigsten Benachteiligungen zu kämpfen. Eine berufstätige Familienmutter muss sich immer noch oft genug dafür rechtfertigen, wenn sie die Kinder ganztags betreuen lässt, ein Familienvater hingegen muss das nie. Die Mutter verdient ja auch „nur dazu“, ein hartnäckiges Klischee, dass die Berufstätigkeit von Frauen diskriminiert. Aber die Wirklichkeit widerspiegelt genau das. Im Niedriglohnbereich trifft man überproportional viele Frauen an, auch verkürzte Arbeitszeiten – eine Domäne der Frauen. Obwohl das Ausbildungsniveau der Frauen sich qualitativ nicht gravierend von dem der Männer unterscheidet und Frauen sogar häufig die besseren Abschlüsse vorweisen können, finden wir in den Chefetagen oder in Leitungsfunktionen nach wie vor nur wenige Frauen. Die Statistik weist mit Zahlen in jedem Jahr wieder nach, dass Frauen für vergleichbare Arbeiten nur ca. 80 % des Entgeltes ihrer männlichen Kollegen verdienen. Und solange das so ist, sollten wir den Frauentag begehnen als Kampftag für die Gleichberechtigung der Geschlechter, für eine gerechte Bezahlung und für die Vereinbarung von Berufstätigkeit und Familie für Männer und Frauen gleichermaßen.

Frauen erwarten keine Sonderbehandlung, aber sie verdienen die gleichen Möglichkeiten, sich im Leben zu verwirklichen. Dazu gibt es Regelungen im Grundgesetz unseres Landes, die eine Diskriminierung wegen des Geschlechts verbieten. Trotzdem wird es immer noch geduldet, dass Frauen, nur weil sie Frauen sind, schlechtere Bedingungen in der Arbeitswelt haben. Es braucht aber auch mutige Männer, die die Frauen an ihrer Seite in der Familie und im Betrieb als das achten, was sie sind: Frauen, die mit Würde arbeiten, lieben, leben und stolz sein wollen.

*Susanne Danowski  
Mitglied des Kreisvorstandes*



„Allen Mädchen und Frauen  
herzliche Glückwünsche  
zum Internationalen Frauentag.“

Kreisvorstand DIE LINKE. MOL

## Aktuelles von den Bürgermeisterwahlen

### Strausberg

Wir haben unser Ziel nicht erreicht. Mit 20,10 % der abgegebenen Stimmen für Uwe Kunath reichte es nicht für den Einzug in die Stichwahl. Mit Elke Stadeler und Hans Peter Thierfeld zogen Verwaltungsmitarbeiter in die Stichwahl ein, die in den vergangenen Jahren die Stadtverwaltung leiteten. Damit besteht die Möglichkeit eines „Weiter-so“.

Es zeigte sich aber auch im Verlaufe des Wahlkampfes, dass zunehmend durch beide Stichwahlkandidaten Politikfelder der LINKEN übernommen wurden.

Derartige eindeutige Aussagen in dieser Zeit zum Vorrang der Kitanisierung oder Erhalt der Schullandschaft habe ich von den Kandidaten in der vorangegangenen Periode nicht vernommen.

Es wird unsere Sache sein, die Umsetzung dieser Wahlkampfäußerungen zu verfolgen.

Damit besteht weiterhin die Aufgabe der LINKEN in der konstruktiven und kritischen Begleitung des zukünftigen Bürgermeisters oder der Bürgermeisterin.

*Christian Steinkopf  
Vorsitzender Stadtverband Strausberg*

### Neuenhagen

Die LINKE hat mit 24,8 % für ihre Kandidatin Elke Richter bei einer Wahlbeteiligung von 46,8 % einen Achtungserfolg erzielt.

Sie konnte sich damit nicht gegen ein Wahlbündnis von CDU, SPD und anderen, das den bisherigen Amtsinhaber Jürgen Henze öffentlich unterstützte, durchsetzen. Das Wahlergebnis zeigt aber, dass die kommunalpolitische Kompetenz und die konstruktive Kritik an Defiziten in der Gemeinde, wie sie durch die Bürgermeisterkandidatin der LINKEN geübt wurde, über das engere politische Spektrum der Partei hinaus auf Akzeptanz gestoßen ist.

Das betrifft vor allem die Jugendpolitik, die kommunale Wirtschaftspolitik, die Unter-Schutz-Stellung der Trainierbahn, die interkommunale Kooperation im Rahmen der Aufgaben Neuenhagens als Mittelzentrum, sowie die Einführung des Bürgerhaushaltes.

Den Wählerinnen und Wählern, insbesondere jenen 31, die öffentlich für die Wahl von Elke Richter warben, ist herzlich zu danken.

Die LINKE tritt dafür ein, angesichts des im Wahlkampf deutlich gewordenen Handlungsbedarfs bei den o. g. Defiziten wieder zu einer durch Sachlichkeit und gegenseitigen Respekt gekennzeichneten Gemeindepolitik zurückzukehren.

*Ortsvorstand und Fraktion  
DIE LINKE Neuenhagen*

## Mein erstes Jahr als Bürgermeisterin in Müncheberg



Es war ein spannendes und interessantes Jahr und ich habe die Gewissheit, dass es so bleibt. In diesem Jahr habe ich sehr viel gelernt und meine Seepferdchenstufe im „Freischwimmen“ abgelegt. Jetzt arbeite ich am Schwimmstil.

Wir sind in Müncheberg ein Stück voran gekommen. Das Ziel, eine sachorientierte und bürgernahe Politik zu erreichen, ist auf dem guten Wege. Das Zusammenspiel zwischen Politik und Stadtverwaltung ist besser zu

gestalten. Hier gibt es noch viel Arbeit. Ein ehrliches und faires Miteinander im Sinne der Bürger müssen zum Leitmotiv und persönliche Befindlichkeiten beiseite gestellt werden. Die Vereine in Müncheberg leben es uns vor.

Das Stadtbild Münchebergs hat sich durch den Ausbau zweier Straßen und die Gestaltung des Markplatzes weiter verbessert. Ziel in diesem Jahr ist die weitere Sanierung der Stadtmauer, die Beendigung der Bahnhofsumgestaltung, der Bau des Radweges vom ZALF zum Bahnhof und die Umsetzung der Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturpaketes II. Um das Wohnen in der Innenstadt attraktiver zu machen, soll der LKW-Verkehr aus dem Zentrum umgeleitet werden.

Wir haben fraktionsübergreifende Arbeitsgruppen gebildet, die problembeladene Fragen bearbeiten – Stadtentwicklung und Flugplatz. Die Arbeitsgruppe Stadtentwicklung, auch unter Beteiligung von Interessengemeinschaften und Bürgern, erarbeitet ein Leitbild für die Stadt, das dann als Grundlage für Prioritäten zur Veränderung dienen soll. Durch eine Bürgerbefragung sollen dazu realistische Ziele ermittelt werden.

Das Wirtschafts- und Tourismuspotential der Stadt muss eine größere Rolle spielen. Gespräche mit potentiellen Investoren für die Entwicklung des Handels gibt es, wir haben hier noch nicht viel erreicht. Auch die Vermarktung des Gewerbegebietes stellt uns nicht zufrieden. Um die ansässigen Firmen besser zu unterstützen, organisieren wir jährlich eine Zusammenkunft, bei der Fördermöglichkeiten und Veränderungen im Wirtschaftsrecht durch kompetente Gesprächspartner aufgezeigt werden. Ich möchte dabei eine Vernetzung der Unternehmen zu diesen sie interessierenden Fragen erreichen.

Müncheberg ist mit seinen 8 Ortsteilen flächenmäßig groß. An der Entwicklung von Modellen wie Ruftaxi oder -bus werde ich in diesem Jahr weiter arbeiten. Monatlich treffe ich mich mit den Ortsvorstehern, um Probleme und Fragen zu besprechen. Hinzu kommt die Organisation von Bürgerforen mit den Fraktionen in allen Ortsteilen, um die Politik näher an die Bürger zu bringen.

In diesem Jahr nahmen Senioren- und Sportbeirat ihre Arbeit auf. In der Jugendarbeit wollen wir vor allem die 14- bis 20-jährigen durch interessante Arbeit in den Jugendclubs erreichen.

Es gibt noch vieles zu tun – ich habe nur ein Bruchteil für dieses Jahr aufgezeigt. Dabei ist es für mich sehr wichtig, die, die es betrifft, von Anfang an mit in das Boot zu holen.

*Uta Barkusky  
Bürgermeisterin von Müncheberg*

## Herausforderungen, Chancen, Probleme

Ist linke Kommunalpolitik als „Hauptverwaltungsbeamter“ einer 12.000-Seelen-Gemeinde möglich oder gilt eher die Verkündigung des „unpolitischen“ Bürgermeisters für alle Bürger? Erst recht, wenn für die eigene Partei trotz des hohen Engagements der Fraktion (5 von 22 Mitgliedern der Gemeindevertretung) und des Vorsitzenden der Gemeindevertretung, dem Gen. Dr. Völter, angesichts einer schwierigen Finanzsituation kein „Durchregieren“ möglich ist.

Etwas, was ich erst lernen musste: Mehrheiten zu suchen und zu finden, wobei die Ausgrenzungspolitik der selbsternannten Opposition in Form der 3-köpfigen CDU-Fraktion besonders belastend ist. Als „Heilsbringer“ bin ich vielleicht erwünscht worden, aber wenige Monate reichten, um zu verstehen, wie viel über Jahre in der Gemeindeverwaltung liegen geblieben ist. Und ich will ehrlich sein: Vieles bleibt immer noch zu tun – und ich lerne jeden Tag hinzu, was nötig ist, um die Gemeinde voranzubringen.

Was habe ich angepackt?

1. die „Jahrhundertinvestition der Kita „Wasserflöhe“ beschleunigt zum Abschluss zu bringen,
2. mit einer unserer 2 Grundschulen ein Ganztagskonzept zu entwickeln, dass nunmehr vom Bildungsministerium bestätigt ist und umgesetzt wird,
3. aufgrund des infrastrukturellen Defizits sowohl einen Hortneubau als auch einen weiteren Kitaneubau auf den Weg gebracht,
4. als erste Gemeinde Brandenburgs mittels eines Bundesförderprogramms den Start für die Erarbeitung eines Klimaschutzkonzeptes gegeben,
5. für Kinder aus Hartz-IV-Familien in Kita und Schule eine kostenlose Mittagversorgung eingeführt,
6. Kommunalkombistellen mit einem Bruttoverdienst von 1300 € eingerichtet.

Zur Ehrlichkeit gehört aber auch: Selbst ein linker Bürgermeister bleibt nur ein Visionär, wenn er sich nicht auf die Genossen der Basis stützen kann und damit auch ein Verhandlungsmandat anderen politischen Kräften gegenüber hat.

Doch es bleiben auch Behinderungen unserer kommunalpolitischen Aktionsfähigkeit, die wir abstellen müssen! Kreis- und Landtagsfraktion sollten sich unseres Wissens bedienen und uns vor schwierigen Entscheidungen, die in das Leben unserer Gemeinden eingreifen, konsultieren. Die kommunalpolitische Arbeitsgemeinschaft aller Städte und Gemeinden unseres Kreises muss aus dem Schatten einer Bürgermeister-Kaffeerunde zu einer inhaltlichen Plattform werden, die die Interessen unserer Gemeinden gegenüber Kreis und Land wirklich vertritt. Genn. Barkusky und ich sind ein erster Schritt in diese Richtung, Verstärkung hätten wir dennoch in dieser Runde bitter nötig.

Und letztlich: Ein solidarisches Miteinander von linker „Regierung“ im Land und im Kreis mit den kommunalpolitisch Verantwortlichen vor Ort bedarf des gemeinsamen Willens zur Zusammenarbeit, zum Zuhören, zur gemeinsamen inhaltlichen Arbeit.

Unsere Partei kann dies – muss dies leisten.

*Uwe Klett  
Bürgermeister Fredersdorf-Vogelsdorf*

Die nächste Ausgabe unseres Informationsblattes IMPULS  
erscheint am 01. 04. 2010



## Im Vorfeld der Programmdiskussion

Als bedeutsam für die bevorstehende Programmdiskussion erwies sich die Gesprächsrunde zum Thema „Die DDR zwischen Nostalgie und Totalkritik“ vom 11. 2. 2010 im Strausberger Linkstreff ebenso wie die Rosa-Luxemburg-Ausstellung, veranstaltet vom „Verein für alternatives Denken“.

Den einleitenden Vortrag hielt Prof. Ekkehard Lieberam aus Leipzig. Ihm geht es darum, „im Interesse einer differenzierten und gerechten Analyse und Bewertung der DDR-Geschichte jenen entgegenzutreten, die mit viel Geld und einem riesigen Propagandaapparat das Wissen darum zerstören wollen, dass es eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus geben kann und muss“.

Die Untersuchung der DDR-Geschichte sei ein eigenes Thema für Kommunisten und Sozialisten. Es gelte zu erfragen: Was war sie für eine Gesellschaft, woran ist sie gescheitert, war ihr Scheitern ein Sieg oder eine Niederlage für die Demokratie? Zu untersuchen seien die geschichtlichen Umstände, materiellen Existenzbedingungen, Gesellschaftstheorie sowie die wirtschaftlichen und demokratischen

Verhältnisse. Für die DDR seien die Ausgangsbedingungen charakterisiert gewesen durch ökonomische Schwäche, Reparationslasten, Besatzung, Einfluss der KPdSU, eine gesplante Nation, Nachwirkungen der faschistischen Ideologie und den kalten Krieg.

Nach einer Studie von Klaus Blessing habe sich im Gründungsjahr das Bruttoinlandprodukt von DDR und BRD verhalten wie 17,3 zu 100, am Ende wie 1 zu 2,3. Insgesamt seien die materiellen Existenzbedingungen nicht gegeben gewesen. Auch habe es dem sozialistischen Gesellschaftssystem an Geschlossenheit gefehlt. Als in den 1950er/1960er Jahren der Sieg des sozialistischen Versuchs in Frage stand, sei die Chance, die das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft geboten hätte, vertan worden. Zudem sei gegenüber der bürgerlichen Demokratie kein höherer Demokratietyp entstanden.

Als Genosse Rolf Barthel die schleppende Programmdiskussion beklagte, konnte ihn Kreisvorsitzender Bernd Sachse vertrösten, dass der erste Entwurf am 22. März vorliegen soll.



Prof. Lieberam hält das Programm der PDS von 1993 hinsichtlich der Aussagen über die DDR für „recht ordentlich“. Allerdings sei eine Entwicklung des Sozialismus im Kapitalismus fragwürdig. Es gelte Stoppschilder gegen weitere Neoliberalisierung und Privatisierung der Daseinsvorsorge zu errichten. Die Legitimität des Sozialismusversuchs müsse ins neue Programm.

Abschließend noch 2 Weisheiten:

1. Die Geschichte vom Ende her zu betrachten ist etwas ganz Fatales.
2. Vergleichen kann man in der Geschichte alles, nur gleichsetzen nicht.

*Gerhard Kreibitz*



## Rosa-Luxemburg-Ausstellung im Linkstreff

Musikalisch eingestimmt mit einem Klavier Vortrag von Maxim Semmler, Schüler der Kreismusikschule MOL, wurde am 2. 2. 2010 vor Gästen die Ausstellung „Rosa Luxemburg – ein Leben für die sozialistische Idee“ von Dr. Dagmar Enkelmann, 1. parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion DIE LINKE, und Dr. Florian Weis, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung, im Strausberger Linkstreff festlich eröffnet. Die Leihgabe der Rosa-Luxemburg-Stiftung umfasst 30 Bild-Text-Tafeln über die Stationen des Lebens jener großen, mutigen, international hochgeachteten Vorkämpferin für die Befreiung der Arbeiterklasse inmitten ihrer Kampf- und Weggefährten.

Die Dokumentation, geschaffen von einem Münchener Geschichtsverein, wurde 1999 von der Rosa-Luxemburg-Stiftung übernommen und zur Weiterverbreitung im Bundesgebiet in verschiedenen Formaten aufbereitet. Eine von Dagmar aus dem Band „Briefe aus dem Gefängnis“ vorgetragene Passage ließ erahnen, welch feinsinniger, warmherziger, lebensbejahender und naturverbundener Mensch Rosa Luxemburg war.

Dr. Weis informierte über verschiedene neue fremdsprachige Bucheditionen der Stiftung in Hebräisch und Polnisch sowie eine CD mit Liebesgedichten von Rosa Luxemburg.

Danach konnten die Gäste bei einem Glas Wein, etwas Obst und Gebäck untereinander Gedanken austauschen.

Wer in den nächsten Wochen den Linkstreff besucht, sollte etwas Zeit mitbringen, um anhand der Ausstellung seine Geschichtskennnisse aufzufrischen und zu vervollkommen. Es lohnt sich!

*reib*

## Gesine Löttsch in Neuenhagen

Die Bundestagsabgeordnete Dr. Gesine Löttsch, die gemeinsam mit Klaus Ernst für den Vorsitz der Linken vorgeschlagen worden ist, stellte sich in Neuenhagen bei Berlin den Fragen der Parteilinie und interessierter Bürger. Löttsch ging mit der Bundesregierung hart ins Gericht. Schwarzgelb sei käuflich, weil sich die FDP offenkundig Steuersenkungsgesetze aus der Wirtschaft sponsorn lasse. Die Regierung sei unfähig, weil sie immer noch erfolglos an der Behebung der Kreditklemme in der Wirtschaft herumlaboriere. Auf die gegenwärtigen Konflikte in der Linken angesprochen, sagte sie unter der Zustimmung vieler Teilnehmer, dass es nichts bringe, diese zu personalisieren. Eine Krise der Partei sehe sie nicht: „Wir sind in schwerer See, aber nicht in Seenot.“ Die Ursachen der Konflikte liegen tiefer, so Löttsch, sie bestehen in unterschiedlichen Standpunkten zu langfristigen programmatischen Zielen der Partei, gegensätzlichen Ansprüchen an Regierungsbeteiligungen und in handfesten Differenzen zum Umgang mit der SPD. Sie sprach sich weiterhin dafür aus, unseren Vertretern in Landesregierungen den Rücken zu stärken, es bringe überhaupt nichts, ihnen über die Presse Ratschläge zu geben. Löttsch plädierte für mehr bodenständige Politik statt ideologischer Grabenkämpfe. Die Linke habe inzwischen 80 000 Mitglieder und muss sich jetzt auf die Umsetzung ihres Bundestagswahlprogramms konzentrieren. Das heißt, parlamentarischen Druck für die Beseitigung der verfassungswidrigen Hartz-IV-Praxis und zur Überwindung der Rente mit 67, für den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und gegen die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge zu machen. Wolle die Partei den Erfolg bei den Bundestagswahlen nicht verspielen, müsse sie ihre Politik an diesen Themen ausrichten und nicht an innerparteilichen Querelen. Für diese Linie treten sie und Klaus Ernst ein. Für ihre Haltung fand Löttsch viel Beifall und Unterstützung. Die von Gregor Gysi vorgeschlagene Doppelspitze in der Parteiführung und die Bildung eines starken politischen Zentrums der Partei traf auf verbreitete Zustimmung. Die anstehende Programmdiskussion müsse die Partei zusammenführen, integrieren und in der Öffentlichkeit profilieren. In diesem Zusammenhang äußerten viele Teilnehmer ihr Unverständnis, dass einzelne prominente Genossen ihre Kritik in den Medien und nicht in den Gremien vorbrächten, dies würde die Partei als Ganzes schwächen, und diese bedenkliche Praxis müsse beendet werden.

*Marian Krüger*



## Bürgerbüros

### Dagmar Enkelmann (MdB)

15344 Strausberg, Wallstraße 8,  
Telefon: (0 33 41) 30 39 84  
Fax: (0 33 41) 30 39 85

Mo.–Do. 9 – 16 Uhr  
Freitag nach Vereinbarung

dagmar.enkemann@wk.bundestag.de  
www.dagmar-enkelmann.de

### Kerstin Kaiser (MdB)

15344 Strausberg, Wallstraße 8,  
Telefon: (0 33 41) 49 77 11  
Fax: (0 33 41) 30 39 85

Mo.–Do. 8 – 16 Uhr  
info@kerstin-kaiser.eu

www.kerstin-kaiser.eu

### Bettina Fortunato (MdB)

15306 Seelow, Breite Str. 9  
Telefon: (0 33 46) 85 21 45  
Fax: (0 33 46) 85 21 47

Mo. 10 – 17 Uhr  
Mi.+Do. 14 – 18 Uhr

bueno-fortunato@t-online.de  
www.bettina-fortunato.de

### Marco Büchel (MdB)

16259 Bad Freienwalde, Grünstr. 8  
Telefon: (0 33 44) 33 45 41  
Fax: (0 33 44) 33 45 43  
info@marco-buechel.de  
www.marco-buechel.de

## Geschäftsstellen

### Bad Freienwalde

Grünstraße 8, 16259 Bad Freienwalde  
Telefon/Fax: (0 33 44) 34 66  
www.dielinke-frw.de

Öffnungszeiten:  
Di. 9 – 12 Uhr

### Strausberg

Große Straße 76,  
15344 Strausberg  
Telefon: (0 33 41) 31 17 96  
Telefax: (0 33 41) 31 47 75

Öffnungszeiten:  
Mo. bis Do. 9–12 Uhr  
e-mail: info@dielinke-mol.de

## Linkstreffs

### Linkstreff Seelow

Breite Straße 9,  
15306 Seelow  
Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47  
www.dielinke-seelow.de

Öffnungszeiten:  
Mo. und Mi. 9–12 Uhr  
Di. 9–12 und 15 – 17 Uhr

### Linkstreff Strausberg

15344 Strausberg, Wallstraße 8,  
Telefon: (0 33 41) 30 39 84  
Fax: (0 33 41) 30 39 85

Mo.–Do. 9 – 16 Uhr

## Sie kamen nicht durch

Erstmals gelang es, den Aufmarsch tausender Neonazis am 13. Februar in Dresden zu verhindern.

Es hätte alles so werden können, wie in den Vorjahren: Ein gigantisches Polizeiaufgebot setzt den Aufmarsch tausender Neonazis aus dem In- und Ausland in Dresden durch, schwarzbraune Formationen marschieren „trauernd“ durch Dresden, AntifaschistInnen lassen sich von der Polizei verjagen und bürgerliche PolitikerInnen fordern eine Verschärfung des Versammlungsrechtes.

Doch dieses Jahr war alles anders. Im Jahr 65 nach der Bombardierung Dresdens bildete sich ein breites Bündnis von autonomen Gruppen, über die Gewerkschaften, Jugend- und Studierendenverbände bis hin zu PolitikerInnen von SPD und Grünen, das mit Massenblockaden den Aufzug verhindern wollte. An dutzenden Stellen in der gesamten Stadt sollten möglichst viele Menschen friedlich Verkehrsknoten und Marschrouten blockieren. Früh schon setzte der Rechtsstaat all seine Repressionsorgane gegen den geplanten massenhaften zivilen Ungehorsam ein: Büroräume des Blockadebündnisses, u.a. die Landesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE.Sachsen wurden durchsucht, zehntausende Materialien beschlagnahmt, die Homepage gesperrt, selbst Bundestagsabgeordnete, die gegen den Aufmarsch Material verteilten, mit Strafanzeigen überzogen und Busunternehmen genötigt, AntifaschistInnen die Verträge zu kündigen. Am 12. Februar wurden schließlich dann alle Gegenkundgebungen im weiteren Umkreis der genehmigten Marschrouten durch das Verwaltungsgericht Dresden verboten.

All dies verstärkte die Mobilisierung, so dass allein aus Berlin fast 30 Busse nach Dresden fuhren, in Brandenburg hatte die Linksjugend [solid] mit Unterstützung der Partei DIE LINKE 6 Busse organisiert.

Tausende folgten so dem Blockadeaufruf. Sie erreichten, dass die Neonazis allein bis zum Nachmittag brauchten, um zu ihrem Versammlungsort zu gelangen. Viele Busse voll mit Neonazis umkreisten mehrfach die Dresdner Neustadt, die durch die nunmehr erfolgreichen Massenblockaden rund um den



Neustädter Bahnhof vollständig unpassierbar war. Nur ein großes Polizeiaufgebot, das vor Knüppelinsätzen und auch dem Gebrauch von Pfefferspray, Tränengas und Wasserwerfern bei frostigen Temperaturen nicht zurückschreckte, konnte durchsetzen, dass die Neonazis sich überhaupt am Neustädter Bahnhof versammeln konnten.

Doch nun ging nichts mehr. Nach stundenlangen Verhandlungen erklärte die Polizei, dass sie angesichts der massiven friedlichen Blockaden die Sicherheit der Neonazis nicht gewährleisten könne und ein gewaltsames Durchsetzen des Aufmarsches aussichtslos sei. Kurz nach 17 Uhr war klar: Sie kamen nicht durch. Für AntifaschistInnen ist dies ein kaum als zu gering zu schätzender Erfolg. Es bleibt zu hoffen, dass der demokratischen Zivilgesellschaft eine vergleichbare Mobilisierung nach Dresden 2011 erspart bleibt.

Text: Norbert Müller  
Foto: Felix Syrovatka

## Ökologische Konferenz des Kreisverbandes MOL

Der Kreisverband der LINKEN Märkisch-Oderland wird am **24. April** dieses Jahres eine Ökologische Konferenz in **Bad Freienwalde** durchführen.

Zu den Themenkreisen Energie, CO 2, Grüne Gen-Technik und Stadtumbau werden namhafte Referenten Beiträge leisten und anschließend ökologische Probleme in Arbeitsgruppen diskutiert.

## TERMINE

- |                  |  |
|------------------|--|
| seit 02. Februar | Ausstellung zu Rosa Luxemburg im Linkstreff in Strausberg    |
| 08. 03.          | Frauentagsveranstaltungen an verschiedenen Orten             |
| 11. 03.          | FrühLINKS-Empfang in Strausberg                              |
| 13. und 14. 03.  | 1. Tagung 2. Landesparteitag in Potsdam                      |
| 17. 03.          | Kreistagssitzung   |
| 23. 03.          | Beratung mit den Vorsitzenden der Gliederungen in Strausberg |
| 24. 03.          | Kreisvorstandssitzung im Linkstreff in Strausberg            |

## IMPRESSUM

- Herausgeber:  
Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL
- Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung sinnwährend redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.
- Der Druck der Zeitung »Impulse« wird durch Spenden finanziert.
- V.i.S.d.P. : Bernd Sachse,  
Tel.0334 1-303984
- Mail : info@dielinke-mol.de
- Layout u. Satz : Fortunato Werbung,  
www.fortunato-werbung.de
- Fotos/Grafik : DIE LINKE. MOL, privat